Die Linke Sachsen

2. Tagung des 17. Landesparteitages

13. April 2024

A. Leitanträge

A.1. Landtagswahlprogramm der Linken Sachsen zur

Landtagswahl 2024

ÄA.1.120. Änderungsantrag: Konsequente Inklusion leben!

Einreicher*innen: Linksjugend Sachsen

Der Landesparteitag der Linken Sachsen möge beschließen:

Ergänze in Zeile 382 nach "unterschreiten.":

Außerdem sollten Beschäftigte in den Werkstätten mehr Mitspracherecht erhalten. Die Fremdbestimmung zehrt an ihnen. In Gremien sollen Beschäftigte insb. zu den Arbeits- und Pausenzeiten sowie zu den Arten der Beschäftigung Mitspracherecht erhalten. Das soll sich auch auf die Freizeitgestaltung in den Wohnheimen ausweiten, in denen die Wünsche der dort lebenden Menschen stärker respektiert werden müssen. Wir wollen den Unternehmen, die sich der Inklusion verwehren, die Ausgleichsabgabe erhöhen. Außerdem wollen wir bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen stärker Unternehmen berücksichtigen, in denen Menschen mit Behinderungen arbeiten.

Begründung:

Es ist Alltag in Behindertenwerkstätten, dass über die Köpfe der dort arbeitenden Menschen hinweg entschieden wird. Viele Menschen leiden sehr unter dieser Fremdbestimmung und hätten gern mehr Einflussmöglichkeiten und die Berücksichtigung ihrer Wünsche. Wir fordern daher konkrete Gremien, in denen sich die Beschäftigten gehört fühlen können. Laut dem DGB Sachsen befindet sich die Anzahl schwerbehinderter Beschäftigter bei 4,1% statt bei den gesetzlich vorgeschriebenen 5%. Bei privaten Arbeitgeber*innen sogar nur 3,5%. Wir wollen den Druck auf Unternehmen, die sich vor Inklusion drücken und lieber die Ausgleichabgabe zahlen, erhöhen. Wir sollen die Unternehmen belohnen, die sich für die Integration behinderter Arbeitnehmer*innen einsetzen.

Entscheidung des Landesparteitages: